

Erscheinungsweise:
Täglich mit Ausnahme
der Sonn- und Feiertage

Anzeigenpreis:
a) im Anzeigenteil:
die Seite 15 Goldpfennige
b) im Reklameteil:
die Seite 50 Goldpfennige

Auf Sammelanzeigen
kommen 50% Zuschlag

Für Plakate
kann keine Gewähr
übernommen werden

Geriichtsstand für beide Teile
ist Calw.

Calwer Tagblatt

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw

Bezugspreis:
In der Stadt 40 Goldpfennige
wöchentlich mit Trägerlohn
Post-Bezugspreis 40 Gold-
pfennige ohne Bestellgeld

Schluß der Anzeigen-
annahme 6 Uhr vormittags

In Fällen höherer Gewalt
besteht kein Anspruch auf Lieferung
der Zeitung oder auf Rückzahlung
des Bezugspreises

Fernsprecher Nr. 9

Verantwortl. Schriftleitung:
Friedrich Hans Scheele
Druck und Verlag
der A. Oelschläger'schen
Buchdruckerei.

Nr. 2

Dienstag, den 4. Januar 1927.

102. Jahrgang

Regierungskrise und Rheinlanddräumung.

Pariser Kommentare.

U Paris, 4. Jan. Die Pariser Presse beschäftigt sich lebhaft mit der Frage der deutschen Regierungsbildung und spricht von einem untrennbaren Zusammenhang zwischen der Krisenlösung und der Rheinlanddräumung. Man neigt im allgemeinen zu der Auffassung, daß sich ein „Kabinett der Rheinlandräumung“ bilden werde. Die Rechtspresse zeigt sich sehr ungehalten darüber, daß auch die deutschen Sozialisten zusammen mit den Deutschnationalen die Forderung für eine vorzeitige Räumung des Rheinlandes erheben, was beweise, daß die deutsche Einigkeit nur zustande komme, wenn es sich um Interessen des Vaterlandes handle.

Die Deutschnationalen zur deutsch-französischen Annäherung.

U Paris, 4. Jan. Der Leiter der deutschnationalen Pressestelle von Jäcklin hat sich in einer Unterredung mit dem Berliner Vertreter des „Journal“ über die Politik der Deutschnationalen Partei und deren Einstellung zu einer deutsch-französischen Annäherung geäußert. Herr von Jäcklin führte u. a. aus:

Die Deutschnationalen Partei und überhaupt jede bürgerliche Partei, die sich ihrer Verantwortlichkeit bewußt ist, erachtet es als ihre Pflicht, auf die auswärtige Politik des Staates in einer Art und Weise einzuwirken, wie sie das deutsche Volk und vor allem die Arbeiter befriedigt. Wenn die Mehrheit des Volkes ihr Vertrauen einer derartigen Politik der Regierung verweigert, so sei es notwendig, dem Reichstag aufzulösen und zu Neuwahlen zu schreiten, um dem Volk die Möglichkeit zu geben, seinen Willen kundzutun.

Die Locarno-Verträge und Deutschlands Eintritt in den Völkerbund bezeichnet Herr von Jäcklin als eine feststehende Tatsache, mit der man rechnen muß, da sie gesetzlich festgelegt worden sei. Die trotzdem andauernde Besetzung des Rheingebietes stände im Widerspruch mit dem Paragraphen 431 des Versailler Vertrages. Daher fordern die Deutschnationalen die Räumung des Rheingebietes. Die Deutschnationalen treten für eine Verständigungspolitik soweit sie möglich sei, ein. Ohne eine Räumung des Rheinlandes würde jedoch jede Verständigung unmöglich sein.

Um die Lösung der Krise.

Beginn der Verhandlungen am Montag.

Berlin, 4. Jan. Die Verhandlungen über die Neubildung der Reichsregierung werden, wie nunmehr feststeht, erst am Montag nächster Woche beginnen. Man geht dabei von der Voraussetzung aus, daß die für die Verhandlungen in Betracht kommenden Parteiführer und Abgeordneten in Berlin versammelt sein werden, weil der Hauptausschuß des Reichstags die Beratung des Stats für 1927-28 bereits am 10. Januar beginnt.

Einigungsverhandlungen Graf Westarp mit der Bayerischen Volkspartei.

München, 4. Jan. Das Organ des Bayerischen Bauern- und Mittelstandsbundes, die „Neue freie Volkszeitung“, weiß zu melden, daß der Streit zwischen der Deutschnationalen und der Bayerischen Volkspartei in das entscheidende Stadium getreten sei. Der Führer der Deutschnationalen im

Reichstage, Graf Westarp, sei persönlich nach München gekommen, um in der leidigen Angelegenheit zu verhandeln, um die von den Deutschnationalen gewünschte Klarheit zu schaffen. Bekanntlich wollen die Deutschnationalen, daß sich die Bayerische Volkspartei in aller Form für ein Zusammengehen mit der Rechten im Reichstag und in der Reichsregierung ausspricht.

Scheidemann zur Regierungsbildung.

U Berlin, 4. Jan. Auf einer öffentlichen Reichsbannerkundgebung hielt Reichstagsabg. Scheidemann eine Rede, in der er u. a. ausführte, Deutschland trage nicht die Schuld am Ausbruch des Krieges; aber bei gerechter Verteilung der Kriegsschuld werde auch dem Kaiser bzw. den deutschen Kriegshebern ein kleiner Teil der Schuld zugesprochen werden müssen. Herr Scheidemann bezeichnete die deutsche Zustimmung zum Versailler Vertrag als Ausfluß einer unabwendbaren weltgeschichtlichen Entwicklung. Der Redner verteidigte seine jüngste Reichstagsrede und forderte die Bildung einer aus Republikanern zusammengesetzten Regierung, in der auch die Sozialdemokraten vertreten seien. Die Weimarer Koalition, die die beste Lösung für die Sozialdemokratie sei, habe eine Mehrheit nur mit der Deutschen Volkspartei und schon der Name Dr. Scholz lasse ihre Unmöglichkeit erkennen. Die sogenannte kleine Reichsregierung würde einen glatten Verfassungsbruch bedeuten. Auch eine Reichstagsauflösung brauche die Regierung der Weimarer Koalition nicht zu befürchten.

Neue Besetzungszwischenfälle.

U Berlin, 4. Jan. Am Sylvesterabend holten in Kehl ein französischer Unteroffizier und zwei Soldaten in betrunkenem Zustand einen Arbeiter vom Rad herunter und nahmen ihm die Fahrradlaternen fort, angeblich weil er sich über sie lustig gemacht hatte. Einen zweiten Radfahrer wollten die Franzosen ebenfalls vom Rade herunterreißen. Dieser entkam jedoch, worauf sie ihm mit Erschießen drohten. Auf die Anzeige des ersten Arbeiters hatte inzwischen die französische Gendarmerie die Verfolgung der Täter aufgenommen. Diese wurden auch bald gestellt und nach einer körperlichen Untersuchung, bei der bei einem der Soldaten die Laterne vorgefunden wurde, auf die Wache gebracht. Dort ergingen sie sich in wilden Beschimpfungen der Deutschen.

Ein weiterer Zwischenfall hat sich am Neujahrstage in Mainz ereignet. In den Nachmittagsstunden fuhr ein französischer Fliegeroffizier vom 33. Regiment mit seiner Frau in der Straßenbahn von Gonszenheim nach dem Mainzer Stadtpark. Unterwegs verlangte der Offizier von dem Schaffner, das Ende des Jahresabrechens abzuändern bzw. die Markierung auf dem Schein auszuradieren. Als der Schaffner dieses Ansuchen unter Berufung auf seine Dienstvorschriften ablehnte, weil er sich dadurch einer Urkundenfälschung schuldig machen würde, erhielt er von dem Offizier einen heftigen Schlag ins Gesicht. Der Offizier verließ darauf die Straßenbahn. Dank der Besonnenheit des Schaffners und der übrigen Mitfahrenden blieb der Zwischenfall ohne weitere Folgen.

Jubiläum im Reichsjustizministerium.

Aufgaben u. Ziele des Ministeriums.

Neben des Reichsjustizministers und des Reichskanzlers.

U Berlin, 4. Jan. Auf der Jubelfeier, zu der Reichsjustizminister Dr. Bell anlässlich des 50jährigen Jubiläums der Reichsjustizverwaltung eingeladen hatte, hielt Dr. Bell eine Ansprache, in der er zunächst dem am Erscheinen verhinderten Reichspräsidenten den Dank für seine Glückwünsche aussprach. Dr. Bell gab dann einen geschichtlichen Rückblick auf die Entwicklung der Reichsjustizverwaltung und würdigte die Tätigkeit und die Verdienste seiner Amtsvorgänger. Der Redner hob besonders die gewaltige Aufgabe hervor, die an das neue Reichsamt gestellt wurde, als es galt, der siegreich errungenen politischen Einigung des deutschen Volkes in dem einheitlichen Recht ein unzerstörbares Band innerer Gemeinschaft hinzuzufügen. Dr. Bell wies weiter auf die neuen und schweren Aufgaben der Reichsjustizverwaltung während des Krieges, in der Zeit des Zusammenbruchs und nach dem Kriege hin. Mit besonderer Gemühtung gedachte der Minister der rechtlichen Bande, die uns seit langem mit Oesterreich verbinden und die noch fester zu knüpfen das neue Strafgesetzbuch berufen sein werde.

Nichten wir in dieser Festesstunde — so führte Dr. Bell aus — unser Sehnen und Wünschen auf die Zukunft unseres Vaterlandes, dann denken wir zugleich auch an das Recht, ohne dessen Kraft kein Volk nur ein Kolos auf tonernen Füßen sein muß. Mögen Recht und Gerechtigkeit die Grundpfeiler

bleiben für das Staatsgebäude der deutschen Republik, Rechtsgedanke und Staatsgesinnung die starken Triebkräfte für das Aufwärtstreben des deutschen Volkes, mögen Rechtsfindung und Rechtsprechung, getragen von den ewigen Grundsätzen der Gerechtigkeit und der Billigkeit, allen berechtigten Anforderungen und Fortschrittsentwicklungen der neuen Zeit entsprechen und einen Jungbrunnen finden in der Erneuerung deutschen Volkslebens! Mögen alle berufenen Organe der Justiz in treuer Hingebung für das Staatsganze und Volkswohl als das oberste Gesetz wirken für die Festigung des Vertrauens aller Volksgenossen in unsere Justiz und für die verständnisvolle Mitarbeit aller Volksschichten an erspriechlicher Rechtsentwicklung. Von selbst lenken sich unsere Gedanken dabei auf die hochragende Persönlichkeit, die heute an der Spitze des Reiches steht, und allen Deutschen als Kämpfer und Schirmer unseres Rechts vertraut ist.

Hierauf ergriff Reichskanzler Dr. Marx das Wort. Er übermittelte zunächst die Glückwünsche des Reichspräsidenten und der Reichsregierung und führte dann u. a. aus: „Das Reichsjustizministerium hat — um es mit einem Wort zu sagen — die Rechtsgrundlage für den Wiederaufbau unseres Reiches gelegt. Ich glaube, daß das, was das Reichsministerium zu leisten hat und überhaupt die Rolle, die zu spielen es berufen ist, in der Zukunft noch bedeutungsvoller sein wird, als es trotz der glänzenden Leistungen und der Verdienste in der Vergangenheit der Fall gewesen ist.“

Das Reichsjustizministerium ist und muß in unserem Reich

Tages-Spiegel.

Das 50jährige Bestehen des Reichsjustizamts wurde durch einen Festakt im Reichsjustizministerium begangen.

In Frankreich ist man der Ansicht, daß die Neubildung der Reichsregierung eng mit der Räumungsfrage zusammenhänge.

General Pawels wird heute in Paris erwartet, wo er dem Militärkomitee in Versailles und der Völkerversammlung die neuen Vorschläge Deutschlands bezüglich der Restpunkte übermitteln wird.

In Mainz und Kehl haben sich erneute Besetzungszwischenfälle ereignet.

Der Wunsch Eupen und Malmédys zum Neujahrstage nach einer unbeflügelten Volksabstimmung hat in Brüssel Veranlassung hervorgerufen.

In Reval hat eine Konferenz der Außenminister Finnlands, Estlands und Lettlands stattgefunden, die sich mit den Garantieverträgen mit Rußland beschäftigte.

In Washington herrscht Beunruhigung über die Absicht südamerikanischer Staaten, auf Betreiben Mexikos eine amerikanische Union mit Ausschluß der U. S. A. zu bilden.

Die Stelle sein, die das Recht als solches entwickeln und fördern soll und nur ein Ziel kennen darf: dem Gedanken des Rechts die Stellung zu geben, die ihm gebührt. Die Arbeit gilt dem Vaterlande, dem deutschen Volke!

Dr. Marx wies weiter auf die engen und fruchtbaren Beziehungen der Reichsjustizverwaltung zu den Justizverwaltungen der Länder hin und auf die Unterstützung der juristischen Fakultäten der deutschen Universitäten. „Beim Wiederaufbau“ — so sagte Dr. Marx — „fällt dem Reichsjustizministerium eine wichtige und folgenschwere Aufgabe zu. Die Aufgabe heißt: Unserem Volke die Grundlage seiner Rechtsicherheit und seiner Rechtsstruktur erhalten!“

Die Kolonialfrage.

U Berlin, 4. Jan. Gouverneur z. D. Dr. Schnee antwortet im „Berliner Lokalanzeiger“ dem englischen Kolonialminister Amery, der vor einigen Tagen bei einer Unterredung mit dem Londoner Korrespondenten des genannten Blattes die Ansicht äußerte, daß Deutschland keine Kolonien brauche. Dr. Schnee schreibt nach längeren Ausführungen, daß im Friedensdiktat von Versailles England tatsächlich kein Kolonialgebiet als eigener Besitz zugesprochen worden sei. Deutschland habe damals, als ihm unter Druck der Abmachung über die Friedensgrundlage die Pistole auf die Brust gesetzt wurde, zugunsten der alliierten und assoziierten Hauptmächte auf seine überseeischen Besitzungen verzichten müssen. Das geschah zum Zwecke der Mandatsverwaltung in Gemäßheit der einen integrierenden Bestandteil des Versailler Diktats bildenden Völkerbundsstatuten. In diesen ist festgelegt, daß die Verwaltung als Vormundschaft im Auftrag und im Namen des Völkerbundes zu führen sei. In Wirklichkeit handele es sich also um Verwaltung zu treuen Händen. Die Politik Amerys sei mit einer Verständigung zwischen den Nationen nicht zu vereinigen. Amery könne sicher sein, daß das deutsche Volk sich niemals mit dem Raub seiner Kolonien abfinden werde. Im übrigen, so sagt Dr. Schnee am Schluß, sollten sich die englischen Staatsmänner darüber klar sein, daß dem deutschen Verlangen nach Befriedigung seiner kolonialen Ansprüche wirtschaftliche und völkische Notwendigkeiten zugrundeliegen. Ohne deren Berücksichtigung ist, auch abgesehen von den subjektiven Empfindungen der Völker, eine dauernde Verständigung zwischen den Nationen ganz unmöglich, wie sie im Interesse Englands, nicht minder wie in dem anderer Nationen und schließlich der ganzen Welt liegt. Alle schönen Reden von Versöhnung und Freundschaft werden wie Spreu im Winde verwehen, solange den Worten nicht die Taten entsprechen.

Eupen-Malmédys Neujahrswunsch.

U Eupen, 4. Jan. Die Presse von Eupen-Malmédy und St. Vith veröffentlicht eine Bitte an die belgische Regierung in Brüssel, in der hervorgehoben wird, daß die Handhabung der Abstimmungsbedingungen bei der Volksbefragung im Jahre 1920 keinerlei Garantie für eine unbeflügelte Willensäußerung der Bevölkerung geboten habe. Die Brüsseler Regierung werde daher inständig gebeten, dem Lande bald eine unbeflügelte, freie und geheime Abstimmung gewähren zu wollen, deren Ergebnis ganz sicher von der gesamten Bevölkerung in loyaler Weise anerkannt werden würde.

25 Jahre OberamtsSparkasse Calw.

Mit Beginn des Jahres 1927 waren es 25 Jahre, daß die OberamtsSparkasse Calw als eine der letzten unseres Landes ihre Tätigkeit aufgenommen hat. Obwohl man überall im ganzen deutschen Reich die große Bedeutung, welche die Sparkassen für den wirtschaftlichen Aufstieg des Volkes hatten, anerkannte, waren damals im Bezirk Calw starke Widerstände bestimmter Kreise zu überwinden, ehe der Beschluß zur Errichtung einer OberamtsSparkasse in der Amtsversammlung des Jahres 1901 zustande gebracht werden konnte.

Zielsetzung für die Sparkasse war: Sozial und gemeinnützig im Interesse der kleinen Leute und des gesamten Mittelstands unseres Bezirks in Bezug auf die Möglichkeit der sicheren Geldanlage, deren Verzinsung und die Versorgung eben dieser Kreise mit Darlehen und Kredit zu wirken. Ein Grundsatz, von dem sie sich seither bei allen ihren Geschäftshandlungen leiten ließ und sich auch fernerhin leiten lassen wird.

Daß die Gründe, die gegen die Errichtung einer Sparkasse in unserem Bezirk angeblich sprachen, bei den öfters wiederholten Anläufen zur Gründung einer solchen mit bestimmten Absichten immer wieder ins Feld geführt wurden, nicht stichhaltig waren und sein konnten, hat die stetige Zunahme des Geschäftsumfanges derselben nicht nur bewiesen, sondern sie hat auch gezeigt, daß die Errichtung der OberamtsSparkasse für den wirtschaftlichen Aufstieg unseres Bezirks, zur Hebung seines Wohlstandes und der Versorgung des Bezirks, insbesondere der kleinen Leute und des gesamten Mittelstands mit Kredit ein absolutes Bedürfnis war. Hatte sie doch nach ihrem 5 jährigen Bestehen M. 1 135 000.— und nach 10 Jahren M. 1 913 000.— und Anfang 1914 bereits M. 2 285 000.— an den Mittelstand und die Gemeinden des Bezirks ausgeliehen.

Der Deutschland zur Erhaltung seiner Existenz aufgezwungene Weltkrieg, durch den auch unsere, vorher so festgefügte Währung ins Wanken geriet, brachte auch eine Vermehrung des Aufgabenkreises der öffentlichen Sparkassen mit sich. So wurde z. B. um die immer mehr sich steigende Vermehrung der Umlaufmittel hintanzufalten und ein Abgleiten unserer Währung zu verhindern, von allen führenden Volkswirtschaftlern und Nationalökonomen, insbesondere auch von der damaligen Reichsregierung, immer dringender auch von den Sparkassen eine starke Ausbreitung, Förderung und Pflege des bargeldlosen Zahlungsverkehrs mit Recht verlangt und dadurch erst der eigentliche Grundstein zu der heutigen großen Ausdehnung des kommunalen Giro- und Scheckverkehrs und der in der Welt einzig dastehenden, das ganze deutsche Reich umspannenden Giroorganisation gelegt.

Aus dem Giro- und Scheckverkehr mußte aber Logischerweise, da die aus diesem Verkehr stammenden kurzfristigen Gelder nicht langfristig angelegt werden konnten, das Kontokorrentkreditgeschäft herauswachsen. Weiter wurde während der Kriegszeit den öffentlichen Sparkassen regierungs- und reichsbankseitig die Pflicht zur Vermittlung der Kriegsanleihezeichnungen und die Herannahme der gezeichneten Stücke in das offene Depot im vaterländischen Interesse auferlegt. Als konsequente Folge mußte auch das Depot- und Effektengeschäft, sowie die Einlösung von Zinsscheinen und die Besorgung

neuer Zinsscheinebögen mit in den Aufgabenkreis der OberamtsSparkasse einbezogen werden; denn es ging nicht an, der Sparkassendirektion die im höheren vaterländischen Interesse gezeichneten Kriegsanleihestücke wohl in das Depot hereinzunehmen, ihr aber den Verkauf dieser Stücke oder den Umtausch in andere Wertpapiere sowie die Einlösung ihrer Zinsscheine und die Besorgung neuer Zinsscheinebögen zu verweigern.

Wie der verlorene Weltkrieg und die darauf folgende, eine vollkommene Vermögensumschichtung mit sich bringende Inflation für die Wirtschaft eine vollkommene Umgestaltung des Produktionsprozesses und der Betriebs- und Wirtschaftsführung notwendig machte, so mußte sich auch die Sparkasse, wenn sie den wechselnden und wachsenden Bedürfnissen ihres Kundenkreises Rechnung tragen wollte, in ihrem Aufgabenkreis und ihrer Arbeitsweise diesem Wandel der Zeit unterwerfen und anpassen. Sie durfte sich, wenn sie nicht mit Recht als vollkommen rückständig bezeichnet werden und dadurch ihren Kundenkreis vor den Kopf stoßen und ihn verlieren wollte, bei der Festlegung ihres Aufgabenkreises nicht von den Anschauungen, die vielleicht vor 100 oder 50 Jahren bei der Gründungszeit der Sparkassen herrschend waren, leiten lassen, sondern sie mußte sich wohl oder übel den modernen Verkehrs- und Zahlungssitten und den Wünschen ihrer Kundenschaft anbequemen, ohne dadurch allerdings ihre ursprüngliche Tätigkeit auch nur im geringsten zu vernachlässigen.

Neben dem bereits aufgeführten Geschäftszweigen hat daher die OberamtsSparkasse noch den Giltüberweisungsverkehr, der bei besonders eiligen Fällen zur Anwendung kommt, das Wechselgeschäft, die Ausstellung und Einlösung von Reisekreditbriefen, das Wechseln fremder Geldsorten und den Abschluß von öffentlichen Lebensversicherungen übernommen. Auch hat sie, um den Zeitverhältnissen Rechnung zu tragen, ab 1. Januar 1925 die Tagesverzinsung eingeführt.

Da die OberamtsSparkasse als Einrichtung der Amtskörperschaft den Interessen des Bezirksamtsangehörigen zu dienen hat, sind, um insbesondere den Verkehr mit ihrer auswärtigen Kundenschaft zu erleichtern, in fast sämtlichen Bezirksorten Agenturen zur unentgeltlichen Vermittlung des Verkehrs zwischen der Kundenschaft und der Sparkasse errichtet.

Getreu dem Grundsatz: „Nicht das Kleine nicht klein, es bewahrt die Keime zum Großen, Pfennig auf Pfennig gespart, türmt sich zum silbernen Berg. Ist nur die Jugend gewonnen zu emsigem Sparen, leidet in der Zukunft gewiß froh ein zufriedenes Volk“, wird auch das Kleinsparen unter Anwendung erheblicher Mittel im Interesse unserer Volkswirtschaft weitmöglichst gefördert. So sind zur Bekämpfung und Förderung des Sparstrens der Jugend in den Schulen des Bezirks sogenannte Schulsparkassen unter Verwendung von künstlerisch ausgestatteten Sparmarken im Werte von 10, 20, 50 Pfennig und 1 M. mit den Aufdrucken: Calwer Rathaus, Klosterkirche Hirsau, Burgruine Liebenzell und Zavelstein, errichtet. Hier sei dankbar der aufopfernden Mitarbeit der Herren Lehrer gedacht, die ihre Arbeitskraft in uneigennütziger Weise in den Dienst dieser volkserzieherischen Aufgabe stellen.

Jedem Neugeborenen wird ein Geschenk von 20 M. in Form einer künstlerisch geschmackvoll ausgeführten Geschenkkarte überreicht und dieser Betrag unter Hinzuzahlung von 1 M.

binnen 6 Monaten nach der Geburt einem Sparkonto des jungen Erbenbürgers gutgeschrieben. Auch werden kostenlos sehr ansprechende stabile Heimsparbüchsen ausgegeben; eine Einrichtung, die mit Rücksicht auf ihre erzieherische und nützliche Wirkung eine noch weit größere Verbreitung verdient.

Der Vermögensverlust durch die Inflation, welche die Aufwertung der alten Hypotheken, der Gemeinbedarfen und Wertpapiere erforderlich macht (nicht zu vergessen die hohen Aufwendungen an Zeit und Geld für die unentgeltliche Besorgung der Aufwertung der Wertpapiere der Sparkassendirektion) hat die OberamtsSparkasse vor neue schwerwiegende Aufgaben gestellt, die sie in der loyalfesten Weise zu lösen bestrebt ist, so wird sie z. B. vom neuen Jahre ab allen alten bedürftigen Sparern über 60 Jahren und allen sonstigen unter der dauernden Fürsorge der Fürsorgebehörden stehenden alten Sparern ihre Aufwertungsansprüche nach einem bestimmten Plane vorzeitig zur Auszahlung bringen und jedenfalls auch die Aufwertungsguthaben ab 1. Januar 1927 mit einem noch zu bestimmenden Prozentsatz verzinsen.

Wenn es der OberamtsSparkasse gelungen ist, bis zum 1. Januar 1927 — also nach Verfluß von nur 3 Jahren seit Stabilisierung unserer Währung — zusammen wieder M. 2 000 000.— an Darlehen und Krediten — davon M. 1 247 000.— langfristig — den kleinen Leuten, dem Mittelstand in Gewerbe, Handel und Landwirtschaft und den Gemeinden unseres Bezirks zur Verfügung zu stellen und dadurch nicht nur die Betriebe in ihrer Wirtschaftskraft zu stärken, sondern auch den im Vordergrund aller sozialen Maßnahmen stehenden Wohnungsbau tatkräftig zu unterstützen und zu beleben, was wieder dem einheimischen Gewerbe zugute kam, sowie pro 1926 einen Gesamtumsatz von M. 56 000 000.— zu erzielen, so ist dies nicht nur ein Beweis dafür, daß die neu eingeführten Geschäftszweige einem dringenden Bedürfnis der Sparkassendirektion entsprechen und daß die OberamtsSparkasse vollkommen richtig gehandelt hat, als sie sich in ihrem Geschäftsverkehr den modernen Anforderungen an die Verkehrs- und Zahlungssitten anpaßte, sondern auch dafür, daß das Vertrauen der Bezirksbewohner in die OberamtsSparkasse trotz der Inflation und des Währungszusammenbruchs, wofür ja die Sparkasse in keiner Weise verantwortlich gemacht werden kann, wieder vollkommen zurückgewonnen wurde, und daß der Sparstren der Bezirksbevölkerung wieder stark im Wachsen begriffen ist. Ein sicheres Zeichen für den beginnenden Wiederaufstieg.

Fürwahr, das Deutsche Volk, dem so viel schmerzliche Kraft innewohnt, das so viel ehelichen Willen zur Arbeit und zum Sparen und den unbeugsamen Drang zur Wiedererlangung seiner alten Stellung unter den Kulturvölkern ausbringt, es kann nicht untergehen. Und zu diesem Wiederaufstieg, im Rahmen des ihr gesteckten Arbeitsfeldes ihr Zeit beizutragen, wird in den nächsten 25 Jahren das unentwegte Zielstreben der OberamtsSparkasse sein.

Wie seither, so wird sich dieselbe auch in der Zukunft bei allen ihren Handlungen von dem Grundsatz leiten lassen: „sozial und gemeinnützig zu Nutz und Frommen unseres Bezirks zu wirken“.

Calw, den 4. Januar 1927.

Dankagung.

Für alle die viele Freundschaft u. Teilnahme, die meinem lieben Sohn

Bernhard Wamsler

Studienrat

während seiner Krankheit und mir bei seinem Hinscheiden erwiesen worden ist, insbesondere der Schwester, die ihn so hingebend gepflegt hat, dem Hochwürdigsten Herrn Stadtpfarrer Legkus für seine trostreichen Worte, den Herren, die ihm ehrende Nachrufe gewidmet haben, für den erhebenden Gesang und die Beteiligung der beiden Militärvereine an der Trauerfeier sagt den herzlichsten Dank

die tiefbetrübte Mutter:
Franziska Wamsler.

Sommenhardt.

Fichtenstangen-Verkauf.

Die Gemeinde verkauft am Freitag, den 7. Januar 1927, im öffentlichen Aufftrieb:

Baustangen 88 St. Ia., 37 St. Ib., 32 St. II. Klasse;
Hagstangen 17 St. I., 324 St. II., 24 St. III. Klasse;
Hopfenstangen 696 St. I., 468 St. II., 85 St. IV. Klasse.

Zusammenkunft morgens 8 Uhr bei der Wirtschaft Wörtsch, Station Leinach.

Gemeinderat.

Pfannkuch

Großer

Neujahrs-Abschlag

Schweinefleisch
garant. rein amerik. Pfund 78,-
Kohlschicht
1 Pfund-Tafel 60,-
Feinstes Salatöl
Liter Mk. 1.00

Schweizerkäse
jaftig, Pfd. 1.40
Limburg. Stangenkäse
Pfund 70,-

Gemüse-Audeln
mit Eizugang Pfund 37,-
Eier-Bruch-Maccaroni
Pfund 52,-

Pfannkuch

Abbitte!

Die Untzeichnete nimmt hienit ihre Ansage, die sie im Herbst 1926 über die Marie Müller, Pflanzgärtlerin des Gottl. Schöth und den Rud. Wacker in Unterhangkeit getan hat, als unwahr mit Bedauern zurück.

Friederike Walz
Unterhangkeit.

Eine ältere 33 Wochen trüchtige

Mug- u. Fahr-Ruh

verkauft entbehrlichkeits-halber
Straßenwart
Jakob Brommer,
Würzburg

Veteranen-Verein

1870/1914 Calw.

Am 6. Januar (Erscheinungsfest), nachmittags 1/4 4 Uhr, im Saale des „Badischen Hofes“

Weihnachtsfeier

Unter Darbietungen musikal. Art, Gabenverlosung und Tanz

führt der Verein das historische Volkschauspiel:

Andreas Hofer

der Sandwirt vom Pässeier
in 5 Akten auf.

Die verehrl. Mitglieder mit ihren Angehörigen, sowie Freunde und Gönner unserer Sache laden wir hierzu höflichst ein.

Der Ausschuss.

Mütterberatungsstunde

morgen Mittwoch, den 5. Jan. 1927, nachm. 2-3 Uhr, in der „Ranne“ (Salzgasse).

Gierteigwaren

in bekannt. Güte, sowie sehr gute, fehlerfreie

Hartgriech-Makkaroni und Spaghetti

1 Pfd. 70,- bei 5 Pfd. 65,- bei 10 Pfd. 62,- bei größeren Bestellungen entsprechend billiger.

Leigwaren-Geschäft Hermann Schnürle,

Pfannkuch

Frisch eingetroffen:

Cabliou

Pfd. 22 Pfg.
im Ausschnitt
Pfd. 25 Pfg.

Frischer Schellfisch
Pfd. 40 Pfg.

Pfannkuch

Jüngere Person sucht Arbeit im Waschen und Bügeln

Zu erfragen in der Geschäftsstelle ds. Bl.

Ein erstklassiges



Mutter-schwein
mit 10 Stück 14 Tage alten Jungen jetzt d. Verkauf aus
Rael Schanz, Bauer
Gärtingen